

Pressemitteilung

Pulsnitz, 08.09.2022

Sächsische Rehakliniken fordern Inflationsausgleich

In dieser Woche startete die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) eine bundesweite Kampagne, um die Politik vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Preisexplosionen zum sofortigen Handeln aufzufordern.

Angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Lage fordern die Krankenhäuser in Sachsen Bundes- und Staatsregierung dazu auf, umgehend zu handeln und einen Inflationsausgleich einzuführen. Bundesweit schreiben in diesem Jahr 60 Prozent der Krankenhäuser rote Zahlen, ein Fünftel rechnet sogar damit, keine Kredite mehr zu erhalten. Im kommenden Jahr droht die Lage noch weiter zu eskalieren mit dann bis zu 80 Prozent Kliniken in der Verlustzone. Das hat jüngst eine RWI-Studie zur wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser ergeben. Die Lage ist überall sehr angespannt. Dies geht aus einer offiziellen Mitteilung der DKG hervor.

Für die Rehakliniken gilt diese Entwicklung analog. Systembedingt haben Rehabilitationseinrichtungen in der Regel von vornherein eine geringere Finanzkraft als Krankenhäuser. Daher ist die Lage hier fast noch dramatischer. Die Landesarbeitsgemeinschaft Reha Sachsen e. V. (LARS e. V.) begrüßt und unterstützt die Kampagne der DKG und ihrer Landesverbände daher ausdrücklich.

„Schon während der Pandemie wurden die Rehakliniken zwei Jahre lang weitgehend sich selbst überlassen. Einige von ihnen wurden wiederholt zum Behelfskrankenhaus ernannt um die umliegenden Akutversorger zu entlasten. In vielen Fällen war dies für die Beschäftigten über lange Zeiträume mit erheblichem Mehraufwand und wochenlangen Einsätzen in anderen Bereichen verbunden – so mussten beispielsweise Physio- und Ergotherapeuten sowie Logopäden als Pflegehilfskräfte eingesetzt werden. In den von der Politik verabschiedeten Ausgleichs- und Hilfspaketen wurden die Rehakliniken jedoch in den meisten Fällen nicht adäquat berücksichtigt, obwohl sie sich zur Bewältigung der pandemiebedingten Herausforderungen als wichtige Säulen des Gesundheitswesens herausstellten. Die Rehabilitationskliniken fühlen sich von der Politik allein gelassen,“ erklärt der Vorstandsvorsitzende des LARS e. V., Carsten Tietze.

„Bei den gegenwärtigen Preisexplosionen ist dies nicht anders. Krankenhäuser und Rehakliniken können steigende Preise nicht einfach »an den Kunden weitergeben«, wie dies in den allermeisten anderen Branchen üblich ist. Kliniken bewegen sich nicht im klassischen Umfeld einer freien Marktwirtschaft. Daher droht vielen Einrichtungen aufgrund der derzeitigen Entwicklung eine wirtschaftliche Schieflage, die sie nicht selbst verschulden. Hier ist die Bundes- und Landespolitik vor allem im Sinne der Patientinnen und Patienten aufgefordert, umgehend einzugreifen“, so Tietze.

Wie auch bei Krankenhäusern beschränken sich mögliche Einsparpotenziale in Rehakliniken auf ganz wenige Teilbereiche. Rehakliniken müssen komplexe Infrastrukturen aufrechterhalten, da sie sonst ihrem Rehabilitationsauftrag nicht gerecht werden können. Oftmals gehört dazu zum Beispiel der Betrieb eines Schwimm- und Bewegungsbades. Ohne einen adäquaten Inflationsausgleich ist die wirtschaftliche Stabilität vieler Kliniken deshalb stark gefährdet.

Als Interessenvertretung zahlreicher ambulanter und stationärer Rehabilitationseinrichtungen in Sachsen erwartet der LARS e. V., dass auch Frau Staatsministerin Köpping gegenüber Bundesgesundheitsminister Lauterbach nachdrücklich diese Verantwortung zum Handeln deutlich macht.

Pressekontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft Reha Sachsen e. V.

Vorstandsvorsitzender Carsten Tietze

Sekretariat

Telefon: (035955) 5-13 12

E-Mail: info@larsev.de